

Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich wage eine Reise und möchte, sofern ich sie antreten darf, davon erzählen. Wohin sie führen soll und was meine Beweggründe sind, versuche ich Euch darzulegen.

Wie komme ich dazu, mich in den höheren Politikbetrieb begeben zu wollen, wo doch eigentlich schon der größte Teil meines bisherigen Lebens von politischer Arbeit mit dem Ziel der Gestaltung unserer Gesellschaft verlaufen ist.

Der ein oder andere von Euch mag nun denken, ja, warum tut er das?

Ich darf deshalb mal kurz vortragen, wie das Leben so spielt und wie sich der untere Politikbetrieb als Teil meines politische Lebens herausgebildet hat.

Ich fange dort an, wo meine Lust durchbrach, in irgend einer Form am täglichen politischen Geschehen im Dorf mitzumischen; natürlich von Anfang an als Sozialdemokrat.

Das Substantiv „Flegel“ (nicht im Sinne Dreschflegel, sondern von Lümmel, Rüpel , Grobian) war mit schuld an den Anfängen meines politischen Daseins.

Man erinnert sich noch an die Zeit, als die BürgermeisterInnen noch aus der Mitte des Rates gewählt wurden. So auch in Wiltingen 1989. Die Wahl des Gemeinderates fiel damals zunächst mit einer Stimme Mehrheit auf den Kandidaten der CDU. Die Freude beim politischen Konkurrenten war groß, wurde aber durch einen Einwand aus der SPD-Fraktion gedämpft, als dieser auf einem Wahlzettel zu Gunsten des CDU-Kandidaten die hin gekritzelte Bemerkung „Flegel“ entdeckte. Lange Rede kurzer Sinn: Egal, wer das Kompliment verteilt hatte, der Wahlzettel wurde als „ungültig“ festgestellt und somit der SPD-Kandidat Lothar Rommelfanger zum ersten Mal Bürgermeister der Ortsgemeinde Wiltingen. Ich bin es bis heute geblieben; Ihr seht, so schön kann Politik sein. So funktioniert ordnungsgebende Demokratie.

Hiermit ist aber noch nicht deutlich geworden, weshalb für mich die sogenannte höhere Ebene des Landtages Rheinland-Pfalz das erstrebenswerte Ziel ist. Ich trete ein für Kontinuität der aus meiner Sicht ausgezeichneten politischen Verhältnisse in unserem Bundesland. Zwei Jahrzehnte erfolgreiche Politik in Rheinland-Pfalz, die vom Wirken Kurt Becks lebten, sind ja nicht von ungefähr entstanden. Gewisse Kreise in unserem Land können und wollen sich trotzdem nicht damit abfinden, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz fünfmal in Folge dafür stimmten, dass die Politik der SPD seit 1991 immer ein Stück besser war, als die der Gestrigen. Mit Malu Dreyer als gegenwärtige und künftige Ministerpräsidentin kann alles noch besser werden.

Lasst mich kurz auf die Politikbereiche eingehen, die für mich persönlich Schwerpunkte bilden:

Seit 1979 arbeite ich ununterbrochen in verschiedensten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereichen; von daher liegt es auf der Hand, wenn mein politischer Schwerpunkt in den Bereich Bildung fällt. Dass Rheinland-Pfalz Bildungsland der ersten Güte ist, erleichtert es, zu dieser Überzeugung zu gelangen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Bildung beginnt nicht erst in der Schule, sondern setzt schon in den frühesten Kindheitsjahren an. Gerade die ersten Lebensjahre sind prägend in der Entwicklung unserer Kinder und somit für deren und unsere Zukunft entscheidend.

Vorbildlich ist das Ziel sozialdemokratischer Politik in Rheinland Pfalz, unseren Kindern ab dem 1. Lebensjahr einen Platz in einer Kindertagesstätte bereitzustellen. Gerade

benachteiligte Kinder, die oft aus bildungsarmen Familien kommen, brauchen frühzeitig kindgerechte Bildungsangebote.

Bildung ist der wichtigste Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit und erhöht somit die Chancengleichheit im späterem Leben. Investitionen in die frühzeitige Bildung sind Investitionen für die Zukunft unserer Kinder, für uns alle.

So habe ich als Ortsbürgermeister meiner Gemeinde alles dafür getan, z. T. auch gegen die Kräfte der Konservativen, dass alle Kinder unserer Gemeinde ab dem 1. Lebensjahr ein Bildungsangebot in unserem Kindergarten erhalten.

Ich weiß auch sehr wohl, dass Teile unserer Wählerschaft das Betreuungsangebot ab dem 1. Lebensjahr kritisch betrachten. Ihnen kam die Durchsetzung der sogenannten Herdprämie entgegen, die der bayerische Ministerpräsident Seehofer mit seiner erzkonservativen CSU in der schwarz-roten Berliner Koalitionsvereinbarung durchsetzen konnte. Leider konnten die Sozialdemokraten das nicht verhindern.

Es sollte nicht sein dürfen, dass Bildung von der sozialen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern abhängig ist.

Nach erfolgreichen Jahren im Kindergarten geht es nahtlos zur Schule über. Und hier hat sich auch das Angebot der Ganztagsbetreuung ab der Grundschule als zielführend erwiesen. Deshalb bin ich auch stolz darauf, dass in der Trägerschaft der Verbandsgemeinde Konz, Wittlingen die erste Grundschule war, die das Angebot der Ganztagschule vorgehalten hat.

In vielen von mir persönlich geführten Gesprächen mit Kindern, Eltern und Lehrern komme ich zu dem Ergebnis, dass die Ganztagschule keine Verwahranstalt ist, sondern eine erstklassige Bildungsstätte, die zur positiven kognitiven, sozialen und persönlichen Entwicklung unserer Kinder beiträgt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ganztagsbetreuung an Kindertagesstätten und Grundschulen ist auch ein Standortvorteil für unsere Gemeinden, was ich ganz deutlich unseren Kommunalpolitikern vermitteln will. Nicht umsonst wählen junge Familien dort ihren Lebensmittelpunkt, wo solche Angebote vorgehalten werden.

Komplette Bildungsangebote wohnortnah im ländlichen Raum zu schaffen sind ein wichtiges Instrument, auch dem demografischen Wandel positiv entgegen zu wirken. Deshalb werde ich dafür kämpfen, möglichst breit aufgestellte Bildungsangebote zu schaffen, die den ländlichen Raum anziehend machen.

Hierzu gehört auch die Weiterentwicklung unseres Schulangebotes. Hier denke ich insbesondere an den Ausbau von Integrierten Gesamtschulen (IGS). Und zu jeder IGS gehört, wie auch zu jedem Haus ein Dach, eine Oberstufe. Wer anderes anstrebt, zerstört die IGS und betreibt weiterhin eine Bildungspolitik, die der Vergangenheit angehören sollte. Auch hier sind wir leider in der Situation, von konservativen Lokalpolitikern, einschließlich des Trier-Saarburger Landrats, ausgebremst zu werden. Die IGS Hermeskeil soll dafür erhalten.

Die SPD Kreistagsfraktion steht zusammen mit Schülern, Eltern und Lehrern, dass es auch in Zukunft eine IGS Hermeskeil mit Oberstufe geben wird.

Die IGS ist kein sozialistisches Teufelswerk, wie es gerne die konservativen Kräfte in unserem Land propagieren, sondern eine Schule, in der Schüler von der Haupt-, Realschule und Gymnasium gemeinsam das Oberstufenziel erreichen können. Man darf sich wundern und erschrecken, wenn beim Blick auf die Schullandschaft im Bereich der früheren Bezirksregierung Trier noch keine einzige IGS etabliert ist? Dass mit der IGS (einschließlich

Oberstufe) auch die richtige Antwort zum Thema Fachkräftemangel gegeben wird, scheint kaum zu interessieren.

Auch Inklusionskindern wird an der IGS Hermeskeil die Chance geboten, ihre schulische Laufbahn in normaler Lernumgebung zu bewältigen. Gemeinsam sind wir stark, lautet hier das Motto. Leider muss ich als Mitarbeiter der Lebenshilfe noch zu häufig feststellen, dass Inklusion nach der Schule endet. Deshalb möchte ich mich in Zukunft auch verstärkt dafür einsetzen, dass Inklusion auch in der Arbeitswelt stattfindet.

Mit Blick auf die Uhr möchte ich diesen einen Schwerpunkt meiner politischen Arbeit nochmals mit einigen wenigen Schlagworten zusammenfassen. Da der Schlüssel zur sozialen Gerechtigkeit in guter Bildungspolitik liegt, will ich hierzu nochmals meine Grundsätze deutlich machen,

- Bildung von Anfang an
- Bildung bleibt vom Kindergarten bis zur Hochschule gebührenfrei
- Bildungsangebote vermehrt schaffen inklusive Inklusion
- Bildungsangebote flächendeckend und wohnortnah schaffen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

noch einen Ansatz zu diesem Thema: Zurzeit streiken viele Erzieherinnen und Erzieher um eine bessere Bezahlung und um mehr Anerkennung und Wertschätzung. Bitte unterstützt deren Anliegen, denn sie stehen unseren Kindern sehr nahe und begleiten sie in den prägenden Jahren. Fehlendes Geld ist nach Aussage der Kommunen das Problem. Das mag richtig sein; ist aber in der Hauptsache an der Verteilung festzumachen und dem stockkonservativen Umgang mit der schwarzen Null in Berlin.

Dies zu einem meiner politischen Schwerpunkte, die auch den roten Faden meines Berufslebens abbilden.

Aufgrund meiner langjährigen kommunalpolitischen Tätigkeiten hat sich natürlich auch ein weiterer Schwerpunkt meiner politischen Arbeit aufgetan. Mein Herz schlägt für den ländlichen Raum und hier möchte ich an der Zukunft dieser dort wohnenden Menschen mitwirken.

Wir müssen uns dem demografischen Wandel stellen und die Herausforderungen, die sich zwangsläufig daraus ergeben, können wir nur gemeinsam bewältigen. Hierbei würde ich gerne mitarbeiten und zukunftsfähige Konzepte entwickeln.

Die Menschen in unseren Dörfern werden immer älter, was immer öfter zur Folge hat, dass sie einsamer und pflegebedürftiger werden. Als Ausweg bleibt oft nur das Seniorenheim. Niemand dieser älteren Menschen verlässt gerne sein jahrelanges liebgewonnenes Zuhause. Hier müssen wir Ideen entwickeln, damit diese Altersgruppe möglichst lange im eigenen Zuhause wohnen kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, da kommt mir ein Gedanke – eine Frage.

Warum soll es nicht möglich sein, dass auch ältere Menschen, die körperlich und geistig noch dazu in der Lage sind, sich nicht auch in einer Kindertagesstätte oder Grundschule einbringen und mithelfen beim Betreuen und Begleiten der Kinder?

Gewinner wären Jung und Alt.

Früher gab es in meinem Dorf eine Gemeindegeschwester, welche nicht nur den christlichen Glauben verkündete, sondern auch in christlicher Nächstenliebe hilfreich wirkte. Hier und da entstehen wieder Modelle, in denen offizielle Gemeindegewestern sich um die Belange

älterer Menschen kümmern. Hier sehe ich noch mehr Handlungsbedarf dergestalt, dass Versorgung und Pflege in der lebenslang gewohnten Umgebung stattfindet, sofern es der Gesundheitszustand der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger auch nur annähernd zulässt.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zur Weiterentwicklung unseres ländlichen Raums gehört auch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Wir alle wissen, dass unsere gesamte Wirtschaft vom Automobil geprägt ist. Dass dies so ist und auch in Zukunft so bleiben wird, verdanken wir sowohl der Herstellerlobby als auch der Argumentation für gute Arbeitsplätze.

Insbesondere für den ländlichen Raum gelten jedoch noch andere Bedingungen. Die Mobilität der Menschen im jeweiligen engeren Lebensumfeld darf nicht nur vom eigenen Automobil abhängen.

Sie muss auch nicht vom Ausbau weiterer Straßen abhängen, sondern in erster Linie vom Ausbau eines flächendeckenden Personen-Nahverkehrskonzepts, das den Belangen der Menschen in diesen Orten Genüge trägt. Und: Die Benutzung des ÖPNV sollte für alle bezahlbar sein, darf aber, da es sich um Daseinsvorsorge handelt, auch subventioniert werden.

Nochmals: Nur durch eine Verbesserung des Angebotes des ÖPNV im ländlichen Raum ist eine positive Entwicklung unserer Dörfer sicher zu stellen. Da dieses Thema mir auch sehr am Herzen liegt, weil die Menschen im ländlichen Raum mir sehr nahe stehen, möchte ich auch hier an zukunftssträchtigen Konzepten mitwirken.

Ein weiteres Anliegen ist es mir aber dennoch, dass unsere Straßen im ländlichen bzw. im verdichteten Raum, wie ihn der Obermoselbereich bis Trier darstellt, so strukturiert wird, dass er dem Verkehrsaufkommen entsprechend ausgebaut und saniert wird. Es ist falsch, aus wahltaktischen Gründen an Großprojekten festzuhalten und machbare Alternativen zu untergraben. Die von der SPD im Kreis bereits mehrfach vorgestellte Lösung, über eine neue Moselbrücke zwischen Wasserliesch und Oberbillig, über die Sauer zur Autobahnauffahrt Wasserbillig zur A1/A64 als Alternative zu den endlos diskutierten und nicht realisierbaren Moselaufstieg, wäre eine Lösung, die auch seitens der luxemburgischen Kommunen an der Obermosel befürwortet wird. Dies gilt insbesondere für den vollkommen überlasteten grenzüberschreitenden Verkehr nach und von Luxemburg und die dadurch mögliche Entlastung der Stadt Trier vom Transitverkehr. Der Ausbau auf überwiegend vorhandener Verkehrsstruktur ist hier der Lösungsansatz. Die Kommune Mertert-Wasserbillig wird noch vor den Sommerferien 2015 alle Obermosel - Gemeinden zu einer Verkehrskonferenz einladen.

Ein weiterer Gedanke, der mich als langjähriger Kommunalpolitiker umtreibt, sind die bürokratischen Hürden, denen wir uns in unserem politischen Alltagsgeschäft oft gegenüber stellen müssen.

So kann es nicht sein, dass ich 15 Jahre plane und plane, damit ich nach 20 Jahren langem und hartem Kampf endlich meinen barrierefreien Bahnhofspunkt in Wiltingen oder in anderen Gemeinden realisiert bekomme. Ich würde mich gerne für einen rapiden Abbau dieser Hürden einsetzen.

Noch ein letzter Punkt den ich gerne ansprechen würde. Die Kommunen müssen noch mehr finanziell entlastet und unterstützt werden, damit die kreativen Ideen, die in den kommunalen Gremien geboren werden auch realisiert werden. Dies würde die Motivation aller Kommunalpolitiker noch höher werden lassen.

Zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen, noch ein kommunalpolitischer Ansatz und ein Wunsch im Hinblick auf meine Kandidatur:

Aufgrund meiner 26 jährigen ehrenamtlichen Bürgermeistertätigkeit bin ich zur der Überzeugung gelangt, dass eine Gemeinde ab einer bestimmten Größenordnung bei zunehmender beruflicher Anforderung nicht mehr alleine ehrenamtlich zu führen ist. Deshalb möchte ich den Gedanken des „Kümmerers“ in den Mittelpunkt zukünftiger Diskussionen im Hinblick auf die positive Entwicklung der Gemeinden richten. Der „Kümmerer“, der „Nah bei den Menschen“ ist, damit das Leben in unseren Dörfern in unserem gut aufgestellten Rheinland-Pfalz weiterhin lebenswert bleibt.

Gemeinsam würde ich gerne mit euch in den Wahlkampf ziehen und dafür kämpfen, dass Rheinland Pfalz weitere fünf Jahre sozial und gerecht von einer Ministerpräsident Malu Dreyer regiert wird. Deshalb appelliere ich auch an euch alle, sollte ich heute Abend nominiert werden, unterstützt nicht nur mich in unserem gemeinsamen Anliegen, unterstützt Malu Dreyer, unterstützt die Partei, damit Rheinland Pfalz weiterhin in guten Händen bleibt. Nur gemeinsam sind wir stark und deshalb müssen wir gemeinsam Seit an Seit schreiten.

Liebe Genossinnen und Genossen:

- 57 Lebensjahre
- 37 Jahre Berufserfahrung
- 31 Jahre Kommunalpolitik, davon 26 Jahre Ortsbürgermeister

Das sind meine Daten, die, so hoffe ich, mich als guten Kandidaten ausmachen. Ich will mich in Mainz, sofern das Votum der Wählerinnen und Wähler es zulässt, für den ländlichen Raum einsetzen und mich um die Menschen kümmern, die hier leben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

- Ich will euer Kandidat werden
- Ich will unseren Wahlkreis gewinnen – Nein, wir werden ihn gewinnen.

Herzlichen Dank!